

Münchenstein, 20. September 2019

Medienmitteilung

Die FDP fasst die Parolen für die kantonalen Abstimmungen und geht mit viel Schwung in den Wahlkampf-Endspurt

- **Wichtiges Zeichen zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes: Einstimmige Ja-Parole zur kantonalen Steuervorlage 17**
- **Ja-Parole zum Gegenvorschlag zur nichtformulierten Volksinitiative «Ergänzungsleistungen für Familien mit geringen Einkommen»**
- **Nein-Parole zum Staatsbeitragsgesetz**
- **Einstimmige Unterstützung der beiden bildungspolitischen Vorlagen**
- **Ja-Parole zur Anpassung des Kantonalen Richtplans betreffend Oberwil**
- **Mit Schwung in den Wahlkampf-Endspurt: Weiterhin starke Präsenz der Kandidierenden in den Wochen des Haupt-Wahlkampfes**

Im Mittelpunkt des Parteitages der FDP Baselland vom 19. September 2019 standen die Parolenfassungen zu den kantonalen Abstimmungen vom 24. November 2019. Einstimmig beschlossen die Freisinnigen die Ja-Parole zur Steuervorlage 17 - die kantonale Umsetzung der kürzlich angenommenen nationalen STAF-Vorlage (Steuervorlage und AHV-Finanzierung). Nachdem Basel-Stadt den Gewinnsteuersatz bereits auf 13,04 Prozent festgesetzt hat, wird laut Stefan Degen, Landrat und Vize-Präsident der Finanzkommission, mit dem nun vom Landrat beschlossenen Gewinnsteuersatz von 13,45 Prozent ermöglicht, dass sich unser Kanton als attraktiver Standort positioniert, an dem Arbeitsplätze geschaffen werden. Die kantonale Vorlage führt laut Degen dazu, dass künftig alle Unternehmen mit dem gleichen Gewinnsteuersatz besteuert werden und somit, dass grosse international tätige Unternehmen künftig mehr Steuern bezahlen müssen, während KMU entlastet werden. Degen betonte, dass die Vorlage auch einen sozialen Ausgleich beinhalte: «Die Prämienverbilligungen werden erhöht und dem schweizerischen Schnitt angepasst und es kann ein höherer Kinderdrittbetreuungsabzug in der Steuererklärung vorgenommen werden. Damit wird berechtigten Anliegen Rechnung getragen.»

Auch einstimmig fassten die Freisinnigen die Ja-Parole für den Gegenvorschlag zur nichtformulierten Volksinitiative «Ergänzungsleistungen für Familien mit geringen Einkommen». Laut Saskia Schenker, Landrätin und Mitglied der Finanzkommission, sind zurzeit Projekte wie die Erarbeitung einer Armutsstrategie, die Harmonisierung und Koordination von Sozialleistungen sowie die Erarbeitung einer Sozialhilfestrategie in Bearbeitung. Letzteres auf Basis eines Postulats von Saskia Schenker. «Die Initiative greift den Ergebnissen dieser Projekte vor. Wir benötigen hier zuerst den Gesamtblick. Deshalb lehnt sowohl der Regierungsrat wie auch der Landrat diese Initiative ab.» Der Gegenvorschlag sei bewusst offen formuliert, so dass je nach Resultaten aus den laufenden Projekten eine im Gesamtsystem eingebettete neue Leistung für einkommensschwache Familien eingeführt werden könnte.

Ebenso deutlich fassten die Freisinnigen die Nein-Parole gegen das Staatsbeitragsgesetz. In diesem Gesetz geht es laut Landrat Stefan Degen darum, dass die Staatsbeiträge nach einheitlichen Rahmenbedingungen bewirtschaftet werden – ein Anliegen, das die FDP unterstützt. Bereits in der Vernehmlassung hat sich laut Degen aus FDP Sicht jedoch die grundsätzliche Frage nach der Notwendigkeit eines neuen Gesetzes gestellt: «Da neue Gesetze immer auch zu zusätzlichen administrativen Aufwänden führen, ist es für uns zentral, dass das Staatsbeitragsgesetz für die betroffenen Institutionen und die kantonale Verwaltung nicht zu übermässiger Bürokratie führt. Eine saubere und möglichst einheitliche Definition von

Leistungsvereinbarungen kann der Regierungsrat verwaltungsintern auch ohne neues Gesetz lancieren».

Mit grosser Deutlichkeit stimmten die Freisinnigen auch für die beiden bildungspolitischen Vorlagen: den Gegenvorschlag des Landrats zur (zurückgezogenen) nichtformulierten Volksinitiative «Niveaugetrennter Unterricht in Promotionsfächern» und die Änderung des Bildungsgesetzes Umsetzung der nichtformulierten Volksinitiative «Stopp dem Verheizen von Schüler/innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout Fremdsprachenprojekt». Die nichtformulierte Initiative «Niveaugetrennter Unterricht in Promotionsfächern» fordert laut Landrätin Jacqueline Bader-Rüedi den strikt niveau-getrennten Unterricht in allen Promotionsfächern. Sie betonte, dass sowohl der Regierungsrat wie auch der Landrat die Initiative ablehnten: «Viele Wahlpflichtkurse würden aufgrund der zu kleinen Anmeldezahlen pro Niveau nicht mehr stattfinden. Zudem würde der nicht nur geschlechtergetrennte, sondern zusätzlich auch niveaugetrennt zu führende Sportunterricht Mehrkosten auslösen. Diese Mehrkosten müssten aufgrund der Ressourcenpauschale durch die Schulen anderweitig kompensiert werden und würden dann die Mittel für die Freifächer aufzehren.» Der formulierte Gegenvorschlag von Bildungsdirektorin Monica Gschwind festige einerseits den Grundsatz der Niveaudifferenzierung, lasse aber andererseits den Schulleitungen die Möglichkeit, die Wahlpflichtfachkurse so zu bilden, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler das Fach ihrer Wahl besuchen können.

Zur nichtformulierten Volksinitiative über den Ausstieg aus dem Passepartout Fremdsprachenprojekt erklärte Bader-Rüedi, dass Bildungsdirektorin Monica Gschwind einen neuen Weg eingeschlagen sei, der auch den Landrat überzeugt habe: «Der Gegenvorschlag sieht vor, dass das Bildungsgesetz klare Vorgaben zu den Lehrplänen der Sprachenfächer macht. Dabei gibt es aber kein Lehrmittelverbot für Fremdsprachen, sondern eine geleitete Lehrmittelfreiheit in allen Fächern.» Die Lehrerinnen und Lehrer entscheiden laut Bader-Rüedi künftig auf der Grundlage der kantonalen Lehrmittelliste, welche Lehrmittel sie in ihrem Unterricht einsetzen. Und weiter: «Damit wird die pädagogische Verantwortung der Fachpersonen gestärkt.»

Das Referendum zum Landratsbeschlusses zur Anpassung des Kantonalen Richtplans betreffend Oberwil (Ausbau Langmattstrasse) lehnt die FDP mit 45:5 Stimmen bei 11 Enthaltungen ab.

Ferdinand Pulver, Wahlkampfleiter für die Nationalratswahlen, betonte, dass die FDP auch im Hauptwahlkampf mit zahlreichen Anlässen im Baselbiet präsent ist. «Unsere Kandidierenden freuen sich auf viele angeregte Gespräche mit Bekannten und Unbekannten – nehmen Sie teil an einer der vielen Standaktionen.» Saskia Schenker informierte über den Ständeratswahlkampf: «Ich bin stolz darauf, als Parteipräsidentin eine Person wie Daniela Schneeberger im Ständeratswahlkampf zu begleiten. Sie ist nah bei den Menschen und mit Überzeugung konstant im Einsatz für unseren Kanton. Erst kürzlich hat sie sofort in Bundesbern interveniert als bekannt wurde, dass verantwortungsbewusste Metzger aufgrund einer unsäglichen Regulierung Fleisch wegwerfen müssen. Daniela Schneeberger ist darum die richtige Wahl, die Baselbieterinnen und Baselbieter im Ständerat zu vertreten.» Und sie schloss mit den Worten: «Nun gilt es, den Schwung in den Nationalrats- und Ständeratswahlen bis am 20. Oktober zu halten. Um alle potenziellen FDP-Wählerinnen und -Wähler an die Urne zu bringen, braucht es im Endspurt von allen Freisinnigen Präsenz im Dorf, im Quartier, im Verein und am Arbeitsplatz sowie in den digitalen und klassischen Medien.»

Kontakt:

Saskia Schenker, Landrätin, Präsidentin FDP Baselland, 079 212 78 65

Daniel Piller, Leiter Kommunikation FDP Baselland, 079 341 36 78